

Blüten sozialdemokratischer Finanzpolitik

Einzelheiten aus Hilferdings 10-Milliarden-Etat

Von Theo Neubauer, M. d. R.

Trotzdem sich die Reichsregierung immer noch bemüht, den neuen Reichsetat, der bereits dem Reichstag vorliegt, geheimzuhaltend, sind allmählich soziale Einzelheiten darüber in die Öffentlichkeit gedrungen, daß sich sogar der sozialdemokratische Vorsitzende des Haushaltsausschusses, Heimann, veranlaßt gesehen hat, in der Dienstagausgabe des Vormärts den Bann der „Vertraulichkeit“ zu durchbrechen.

Freilich versteht man leicht, warum die Regierung Müller-Hilferding-Severing-Wißell diesen Etat so lange wie nur möglich geheimhalten wollte; denn dieser Etat übertrifft an Arbeiterfeindlichkeit sogar noch die Etats der vergangenen Bürgerblodregierungen.

Mit einer Gesamtsumme von 10 Milliarden 47 Millionen und 888 438 Mark hat Hilferdings Etat eine bisher nie dagewesene Rekordhöhe erreicht. Die Ausgaben belaufen sich im ordentlichen Etat auf 9674 Millionen fortwährende und 247 Millionen einmalige Ausgaben, im außerordentlichen Etat auf 125 Millionen.

Die Anleihe-Wirtschaft, die unter dem Bürgerblod so ruhmvoll begonnen wurde, setzt auch Hilferding fort; er fordert eine Anleihe in Höhe von 657 981 Millionen zur Bekämpfung außerordentlicher Ausgaben aus früheren Rechnungsjahren. Er fordert außerdem einen Kredit von 500 Millionen zur Beschaffung von Betriebsmitteln.

Was hat denn nun Hilferding an dem früheren Etat des Bürgerblods geändert?

Obwohl auch die SPD in früheren Jahren den Etat für den Reichspräsidenten scharf kritisiert hatte, hat Herr Hilferding seinem Hindenburg keinen Pfennig gestrichen. Er hat ihm nicht nur das Gehalt in Höhe von 60 000 Mark, sondern auch die Repräsentationsgelder in Höhe von 120 000 und den Fonds zur freien Verfügung in Höhe von 75 000 Mark gelassen. Hindenburg kann mit seinen getreuen Sozialdemokraten zufrieden sein.

In dem Etat des Reichskanzlers Müller stehen wir auf die berühmte Korruptionzentrale „für Heimadient“; sie steht wieder mit 2,452 Millionen zu Buche. Wir finden hier einen Spitzfonds (einen der vielen, die im ganzen Etat verstreut sind) mit 300 000 Mark zur „Förderung des Nachrichtenwesens“; ferner die Repräsentationsgelder des Reichskanzlers Müller mit 50 000 Mark; und endlich die Aufwendungen für die Gesundheitsfürsorge des Reiches in München mit 58 150 Mark. Dies ist ein Symbol der deutschen „Einheit“, daß das Reich bei einem untergeordneten Lande eine besondere Gesundheitsfürsorge wie einer fremden Macht halten muß.

Im Etat des sozialdemokratischen Reichsinnenministers Severing finden wir die Leno mit 1,4 Millionen Mark verewigt; deren Abschaffung bekanntlich der „keine Metallarbeiter“ auf dem Hamburger KONGRESS feierlich versprochen hatte. Hier treffen wir auch die Ausgaben für die Anhebung der Reinigungskräfte, für die Filmzensur, 160 000 Mark; für die Schmutz- und Schundzentrale 112 000 Mark. Das alles ist genau so wie unter Severings Vorgänger, dem Junker von Reudell!

Die Ausgaben für Wißells Schlichtungsmassnahmen sind um 320 000 Mark gewachsen und erreichen schon 380 000 Mark. Für die Krisenfürsorge hat Wißell nur 120 Millionen, für die produktive Arbeitslosenfürsorge

Das „soziale Gesicht“ dieses von 4 SPD-Ministern präsentierte Etats zeigt sich in folgenden Gegenüberstellungen am besten:



Wenn die Große Koalition steigt und den vollgefressenen Militarismus mitnehmen will, dann muß „auslöcher“ Ballast über Bord

für Bekämpfung der Stauungsarbeiten	240 000 000
Uchleit	415 000
für Geschichtsübungen der Flotte	600 000
für Säuglings-, Kleinkinder- und Krüppelfürsorge	9 139 650
für Reichswehrpferde	200 000
für die Förderung der Erforschung und Bekämpfung menschlicher Krankheiten	303 000
Versuche zur Weiterentwicklung der Torpedowaffe	120 000 000
für Krisenfürsorge	197 000 000
Subventionen an das Kapital zur Förderung des Außenhandels und des Schiffsverkehrs	

Nun zur anderen Seite dieses sozialdemokratischen Ministeretats: zur Frage der Steuereinnahmen. Da finden wir, daß Hilferding fast alle Steuern, die auf die werftätigen Massen abgewälzt werden, außerordentlich stark erhöht hat, z. B. die Umsatzsteuer um 70 Millionen, die Kraftfahrzeugsteuer um 45 Millionen, die Versicherungssteuer um 5 Millionen, die Lotteriesteuer um 10 Millionen, die Beförderungsteuer um 40 Millionen, die Tabaksteuer um 45 Millionen, die Zuckersteuer um 10 Millionen, die Biersteuer um 165 Millionen, die Branntweinsteuer um 90 Millionen, die Keinen Verbrauchssteuern um 5 Millionen! Das macht insgesamt eine Erhöhung der Massensteuern um 485 Millionen.

Wie aber behandelt Hilferding die Besitzsteuern? Er hat zunächst einmal an Gesellschafts-, Wertpapier- und Börsenumsatzsteuer der besitzenden Klasse glatte 31 Millionen gestrichelt! Er hat zwar die Erbschaftsteuer um den lächerlichen Betrag von 20 Millionen erhöht und auch eine einmalige Erhöhung der Vermögenssteuer um 104 Millionen verlangt, aber dafür hat er der Kapitalistenklasse die Nacherhebung von 40 Millionen Vermögenssteuer gestrichelt und außerdem auf die Erhebung der Vermögenswachstumssteuer verzichtet, was wieder ein Geschenk von einigen hundert Millionen bedeutet. Das ist die Finanzpolitik des Sozialdemokraten Hilferding!

Alle diese Zahlen reden eine so eindeutige Sprache, daß man sie nicht noch zu kommentieren braucht. Das Ergebnis einer Prüfung des neuen Reichsetats kann nur dies sein: der von 4 SPD-Ministern vorgelegte Koalitionsetat übertrifft an Arbeiterfeindlichkeit sogar noch den Etat der vorhergegangenen Bürgerblodregierungen!

Nieder mit diesem Schandetat! Fort mit dieser Regierung!

Etatrede des sächsischen Finanzministers

Von Rudolf Renner

Der sächsische Finanzminister Weber hielt am Donnerstag die Rede zum Etat der sächsischen Bürgerblod-Helld-Regierung. Der Landtag zeigte nicht allzu viel Interesse für die trocken heruntergerebeten 1 1/2 Stunden dauernden Ausführungen des Ministers. Der weitaus größte Teil der Bänke war leer. Fast sämtliche Fraktionen hatten nur noch einen Abgeordneten im Saal; auch die Tribüne zeigte kein allzu großes Interesse. Sie war nicht stark besetzt und verhielt sich zu den in Zahlen ergehenden Bemerkungen ruhig. Der Minister erklärte, daß im Rechnungsjahresbericht von 1927 der veranschlagte Fehlbetrag gedeckt und noch ein Gewinn erzielt worden sei. An besonderen politischen Bemerkungen ist aus dieser Rede nur zu bemerken, daß der Versuch gemacht wird, eine Stellungnahme im deutsch-nationalen Sinne zu den Reparationsfragen herauszubringen. Aber selbst dieser Versuch der sächsischen Partikularen, außenpolitisch aufzutreten, war außerordentlich kläglich. Weber erklärte, die wirtschaftlichen Verhältnisse Sachsens bieten keine Anhaltspunkte zu einem optimistischen Wirtschaftsbericht; es seien bedenkliche Zeichen für eine wirtschaftliche Depression vorhanden; ebenso zeigten sich ernste Krisenanzeichen. Die Erwerbslosenzahlen für Mitte Januar 1929 zeigen gegenüber dem gleichen Zeitpunkt des Vorjahres eine Steigerung von 30 Prozent. In Verbindung hiermit ging der Minister auf die Kassenkredite ein, von denen er erklärt, daß sie sich glatt abwickeln lassen und die Regierung den bewilligten Kredit bis auf weiteres als renolvierend betrachte.

Der Etat sei mit einem Fehlbetrag von 18 000 000 Reichsmark abgeschlossen gewesen, als durch Erhöhung der Rechtsanwaltsgebühren in Armenachen durch das Reichsgesetz eine neue Ausgabe von 15 Millionen RM hinzugekommen sei und damit ein Fehlbetrag von 10,5 Millionen RM eintrete. Das Reich greife dauernd und indirekt in die Finanzlage der Länder ein. Ganz im Gegenlag zu den sonstigen Redereien über den Einheitsstaat verlangte dann der Minister der sächsischen Bürgerblodregierung eine klare Abgrenzung der gesetzlichen Befugnisse zwischen Reich und Ländern, sowie eine weitergehende Steuerhoheit für die Länder. Der Minister ergriff sich dann in eine endlos lange Aufzählung über die Einnahmen aus den einzelnen Steuern und in eine Polemik über den noch nicht durchgeführten Finanzausgleich zwischen Reich und Ländern. Für das kommende Jahr werden an Erträgen aus Grund-, Gewerbe- und Schiffssteuern die gleichen Summen eingebracht wie im Vorjahr. Die Stempelsteuer soll um 1/2 Million RM erhöht werden, während die Aufwertungssteuer um 1 000 000 RM niedriger eingelegt ist. Das bedeutet aber keineswegs, daß bei einer Herabsetzung dieser Steuer resp. dieses Steueraufkommens auch die Mieten nicht gesteigert würden; im Gegenteil kündigt der Minister eine Neuregelung des Mietzinssteuerverhältnisses an. Wenn jetzt aber schon die Aufwertungssteuer niedriger eingelegt, andererseits mit einer Erhöhung der Mieten zu rechnen ist, so scheint man im neuen Etat durch die Steuerumgruppierung von Hausbesitzern 1 000 000 RM, zu denen noch weitere Summen aus erhöhten Mieten hinzukommen werden. Einen wesentlichen Teil der Ausgaben des Etats machen die persönlichen Ausgaben aus, das heißt die Dienstbesüge der Beamten usw. Nach den Ausführungen des Ministers ist der durchschnittliche Dienstbesug für die planmäßigen Beamten (unter Ausschreibung der Volksschullehrer sowie der Polizeibeamten) einschließlich der Kinderbeihilfe 3383 RM. Bedenkt man, daß die Gehälter der Minister 45 000 RM übersteigen, so ergibt sich, daß diese 9. bis 10mal über dem Durchschnitt des Beamteneinkommens stehen. Die untere Schicht der Beamten ist ganz selbstverständlich entsprechend schlecht bezahlt. Die Beamten-Organisationen führen deswegen auch einen ständigen Kampf um die Herabsetzung der Besoldungsordnung. An so richtete der Minister eine scharfe Abfage, indem er erklärte „ganz abgesehen davon, daß sich der

Landtag mit der Annahme der Besoldungsreform auf den gleichen Standpunkt gestellt hat, würde es die gespannte Finanzlage des Staates und die Rücksicht auf die Lage der Volkswirtschaft nicht gestatten, so kurze Zeit nach der Besoldungsreform grundlegende Veränderungen in der Einstellung und Bewertung der Beamten vorzunehmen“.

Wir haben schon in einigen Artikeln auf die erhöhten Ausgaben für den staatlichen Unterdrückungsapparat aufmerksam gemacht. In seiner Rede erklärt der Minister, daß folgende Vermehrung der juristischen Beamten durchgeführt ist: Es sind 10 Land- und Amtsgerichtsdirektoren, 30 Richter, 3 juristische Hilfsarbeiter und 26 planmäßige Gerichtsschaffner neu bestellt worden. Da im Haushaltetat noch die Einstellung der Zuschüsse für die Kirchen im gleichen Umfang vorhanden ist, wie 1928, erklärte Weber in seiner Rede, daß bei der Aufstellung des Etats die Abfindungsverträge noch nicht vorgelegen haben und sie noch im Haushaltsplan berücksichtigt werden sollen. Das bedeutet

die Erhöhung der Kirchensummen auf das Bierfache!

Der Minister erging sich dann noch in längeren Ausführungen über die einzelnen Etatkapitel, über den Bau von Staatsstraßen, bei dem er erklärte, daß eine Uebernahme neuer Straßen durch den Staat nicht in Frage komme; über den Kraftverkehr im Freistaat Sachsen über die einzelnen Staatsbetriebe. Bei diesen zeigt sich die Steigerung der Ausbeutung der Arbeitskräfte ganz besonders. In der Braunkohlenförderung ist dieselbe von 2 471 000 Tonnen auf 3 144 000 Tonnen gestiegen. In Böhlen, dem durch seine rigorose Ausbeutungsmethode rühmlichst bekannten Werk, beträgt die Förderungssteigerung gar das Doppelte, und zwar von 638 000 Tonnen auf 1 348 000 Tonnen. Die Bricket-Erzeugung weist eine Steigerung von 230 000 Tonnen auf 344 000 Tonnen auf, die fast vollständig auf das Böhleener Werk entfällt. Die Kohlenstauberzeugung, wie die Förderung von Steinkohle weisen ebenfalls gewaltige Steigerungen auf. Die Zahl der Arbeiter ist aber nur verhältnismäßig gering erhöht worden. Schonungslosler Kapitalistischer Raubbau an der Arbeitskraft ist auch die Grundlage der Steigung der Produktion in den Staatlichen Werken.

Weitere Steuerantändigungen, weitere Ausplünderung der Arbeitskraft, Abfage an die Besoldungssteigerung fordernden Beamten war das Grundmotiv der Ausführungen des Finanzministers. Von der Notlage der Erwerbslosen hörte man in dieser Rede mit Ausnahme des Hinweises über die Steigerung der Erwerbslosenzahlen selbstverständlich kein Wort. Dafür aber beglückte Finanzminister Weber am Schluß seiner Rede den Landtag mit der pathetischen Erklärung, daß das sächsische Volk und das deutsche Reich sich einig und geschlossen vorwärts entwickeln sollen.

Die deutsche Arbeiterkraft, insbesondere die sächsische wertvolle Bevölkerung, die jetzt überall mit dem Unternehmertum im Kampf um einige Pfennige Lohnserhöhung steht, das Millionenheer der Erwerbslosen wird in seinen Rundgebungen und Kämpfen auf diesem Bürgerblod-Minister, der hier die Politik der sozialdemokratischen Reichs-Koalitionsregierung in sächsischer Überträgt, die gebührende Antwort erteilen. Die Arbeiterkraft hat alle Ursache, den kommenden Etatberatungen einige Aufmerksamkeit zu widmen und durch Massenuntersuchungen ihre Stellung zu diesem kapitalistischen Etat und seinem Haushaltsplan zu bekräften. Dieser kapitalistischen Gesellschaft ihre Kampfanlage entgegenzujuchendern und den Kampf für eine Verbesserung ihrer Lage aufzunehmen.

Nur der Massenkampf des Proletariats wird durch die kapitalistischen Aufbaupläne der Bürgerblodregierung einen Strich ziehen können.



nur 55 Millionen angelegt, das sind nur 20 bzw. 30 Millionen mehr als im vorjährigen Bürgerblodetat, obwohl inzwischen die Erwerbslosigkeit ungeheuer gestiegen ist. Die Mittel zur Förderung der landwirtschaftlichen Siedlungen sind von Wißell um 25 Millionen gekürzt worden.

Der Etat des Verkehrsministeriums enthält die Subventionen für die Luftfahrt und Luftfahrzeugindustrie, das heißt diesen so wichtigen Zweig der verschleierte Kriegsrüstungen. Hier sind die Ausgaben des Hilferding-Etats um 24,8 Millionen höher als die des Bürgerblods. Man muß diese Aufwendungen zum Kriegsetat hinzurechnen. Der Etat des Reichswehrministeriums ist 703,878 Millionen. Für Hermann Müllers Panzerkreuzer sind 13,220 Millionen vorgezogen. Die gesamten Ausgaben für Neubauten und Armierung der Kriegsmarine belaufen sich auf 47 Millionen Mark.

Hier sind zweifelhafte auch die 195 Millionen Zuschüsse des Reiches zur Postel der Länder anzufügen, gegen das Vorjahr 5 Millionen mehr.